

Antrag zur BDK von Bündnis 90 / Die Grünen in Hamburg vom 21. bis 23. November 2014

CETA ablehnen!

Der vorliegende Vertragstext für das Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU (CETA) läuft Grünen Grundsätzen und Zielen in der Umwelt-, Sozial-, VerbraucherInnen- und Datenschutz- sowie Eine-Welt-Politik zuwider. Inhalte, die beim TTIP-Abkommen auf breite Kritik in der Gesellschaft stoßen, sind im kanadisch-europäischen Abkommen vielfach schon ausgehandelte Tatsachen. Deshalb werden wir GRÜNEN dem Abkommen nicht zustimmen und – zusammen mit der Zivilgesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern – innerhalb und außerhalb der Parlamente gegen CETA mobilisieren:

- CETA widerspricht demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien: CETA wird als erstes aller EU-Freihandelsabkommen Sonderklagerechte für Unternehmen (ISDS) beinhalten. Unternehmen können Staaten damit vor intransparenten internationalen Schiedsgerichten verklagen, wenn etwa Umwelt- oder Sozialgesetzgebung vermeintlich ihre Gewinne schmälert. Die beklagten Staaten müssen entweder Unsummen von Entschädigung aus Steuergeldern begleichen oder aber werden durch einen Vergleich ihre Gesetzgebung zurücknehmen. Häufig wird so eine Gesetzgebung im öffentlichen Interesse schon durch voreilenden Gehorsam gar nicht erst weiter verfolgt. Diese Sonderklagerechte sind demnach hoch gefährlich, denn sie greifen tief in demokratische Entscheidungsprozesse ein. Die EU hat bereits weitere Abkommen, die ISDS enthalten sollen, in der Pipeline. Auch deshalb ist es so wichtig, hier keinen Präzedenzfall entstehen zu lassen.
- Eine breite Debatte fand nicht statt: CETA wurde intransparent und hinter verschlossenen Türen verhandelt. Es fand keine breite gesellschaftliche Debatte darüber statt, was der Nutzen und die Kosten von CETA sind.
- CETA ist nicht nachhaltig: Das bestehende Handelsdefizit zulasten Kanadas wird sich weiter vergrößern und die Abhängigkeit Kanadas von Rohstoffexporten manifestieren. Nachhaltige Wirtschaftsmodelle sehen anders aus.
- CETA schadet dem multilateralen Ansatz: Ein weiteres bilaterales Handelsabkommen widerspricht unserer Leitlinie einer möglichst multilateralen Handelspolitik. Ein Abkommen solcher Reichweite hat Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum anderer Staaten, indem beispielsweise Handelsströme abgelenkt werden.
- CETA droht die öffentlichen Dienstleistungen zu liberalisieren: In vielen weiteren Bereichen wird CETA tief in unsere Gesellschaften eingreifen: Durch den sogenannte Negativlisten-Ansatz werden alle Dienstleistungen liberalisiert, es sei denn sie werden explizit ausgenommen. Das hat eine massive Liberalisierung von Dienstleistungen zur Folge, die sogar zukünftige Dienstleistungen umfasst. Da es etwa keine grundsätzliche Ausnahme von öffentlichen Dienstleistungen gibt, ist so ein weiterer Liberalisierungsdruck auf kommunale Dienste zu befürchten. Die Daseinsvorsorge und das Subsidiaritätsprinzip der Kommunen sind somit gefährdet. Ausgleichszahlungen für öffentliche Leistungen werden angreifbar;

- CETA widerspricht dem Grundsatz vom globalen Denken und lokalen Handeln: CETA wird eine Erhöhung des Agrarhandels mit sich bringen, während aus ökologischen und sozialen Gesichtspunkten eine regionalere Agrarproduktion vorzuziehen ist; CETA hat eine Festschreibung der EU Agenda zum Schutz des geistigen Eigentums zur Folge, was für das kanadische Gesundheitssystem schätzungsweise \$850 Mio. jährlich an Zusatzkosten bedeutet; Die autonome Beschaffungspraxis und damit auch die Grundsätze sozial-ökologischer Ausschreibung sind in Gefahr, z.B. sollen Anforderungen zur lokalen Wertschöpfung (local content requirement) verboten werden;

Viele Weichenstellungen sind dabei nur schwer oder gar nicht umkehrbar und schränken den Spielraum zukünftiger Regierungen ein. Darum kämpfen wir gemeinsam mit unseren Bündnispartnern in der Zivilgesellschaft für eine Ablehnung von CETA.

Begründung:

Im August 2014 hat die EU Kommission den Abschluss der Verhandlungen zu CETA verkündet. Momentan streiten die Kommission und einige Mitgliedsstaaten – darunter die Bundesregierung – darüber, ob CETA ein gemischtes Abkommen ist und damit neben Europaparlament auch Bundestag und Bundesrat zustimmen müssen, damit das Abkommen in Kraft treten kann. Als GRÜNE müssen wir uns bald und abgestimmt dazu positionieren, wie wir uns auf europäischer, Bundes- und Landesebene dazu verhalten werden.

UnterzeichnerInnen: